

PZ 23.9.16

Streit um einen weiteren Supermarkt

(H)
Bm
Ba

Regionalverband diskutiert am Beispiel einer Ansiedlung im Kreis Calw über Lösungen für Gemeinde-Konflikte

RALF STEINERT
ENZKREIS/LANDKREIS CALW

Die Ansiedlung von Lebensmittelmärkten ist für viele Gemeinden im ländlichen Raum eine wichtige Aufgabe für eine bessere Infrastruktur. Doch was ist, wenn in einem Ort weitere Einkaufsmärkte dazukommen und die Nachbargemeinde befürchtet, auf die Verliererstraße zu geraten? Der Planungsausschuss des Regionalverbands Nordschwarzwald hat über solche Konflikte am Beispiel des Streitfalls von Ebhausen und Rohrdorf im Landkreis Calw diskutiert. In einer Gewerbelage in Ebhausen wollte ein zweiter, größerer Supermarkt bauen, dagegen meldete die nur wenige Kilometer entfernte Gemeinde Rohrdorf al-

Die Regionen wollen mehr Mitwirkungschancen

Regionalverbände nehmen wichtige Aufgaben wahr, ihnen ist jedoch eine Mehrheitsbeteiligung an regionalen Gesellschaften oder die Trägerschaft bisher verwehrt. Der Regionalverband Nordschwarzwald macht sich nun im

Verbund mit anderen Regionen dafür stark, dass solche Beteiligungen im Regionalmanagement künftig möglich sind. Die Fraktion der Grünen wies darauf hin, dass die Gefahr von Doppelstrukturen in der Region bestünde. rst

lerdings erhebliche Bedenken an – sie befürchtete Verluste von kleinen Geschäften im Ort. Müssen nun Gutachten oder sogar die Gerichte über diese umstrittenen Ansiedlungen entscheiden?, fragte sich Verbandsvorsitzender Jürgen Kurz aus Niefern-Öschelbronn.

Der Regionalverband müsse sich auf den Wandel in solchen Versorgungsthemen einstellen,

aber auch gestalten, sagte Regionalrat Joachim Wildenmann (Grüne) aus Birkenfeld: „Die Anbieter wollen natürlich immer größere Flächen, für die Region ist es aber wichtig, auf den Nahbedarf in den Gemeinden zu achten.“ Rainer Prewo (SPD), früherer Oberbürgermeister in Nagold und ehemaliger Landtagsabgeordneter, kennt den Streitfall aus der Nähe, gab aber

zu bedenken, dass der Regionalverband nicht alles im Detail vorschreiben könne. „Das wäre dann ja so wie in der Planwirtschaft in der einstmaligen DDR“, sagte Prewo. Der Regionalverband habe das Wirtschaftsministerium des Landes um eine Einschätzung solcher Probleme gebeten, sagte Verbandsdirektor Dirk Büscher.

Einfach war demgegenüber die Entscheidung über künftige Pläne für Gewerbe- und Wohnbauflächen in den Gemeinden Tiefenbronn und Neuhausen. Der gemeinsame Verband hatte die gewerblichen Pläne von 25 auf 16,3 Hektar abgespeckt. In Tiefenbronn sind 6,5 Hektar Wohnbaufläche möglich. Neuhausen verzichtet auf weitere Wohngebiete, da die Gemeinde noch über ein Potenzial von 10,6 Hektar verfügt.